



Sind Kinder weniger wert als Autos?

Frühkindliche Erziehung und soziale Arbeit brauchen mehr Anerkennung



Foto: brangino • Fotolia • #64944078

Es werden mehr junge Erzieher und Erzieherinnen gebraucht

Vier Wochen lang waren zehntausende Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen und Mitarbeiter_innen der Behindertenhilfe im Streik. Kitas waren geschlossen, für berufstätige Eltern gab es nur Notbetreuung, viele suchten familiäre Lösungen. Aber auch in den Jugendämtern, den Behinderteneinrichtungen, der Schulsozialarbeit u.a. kam es zu

Engpässen. Deutlich ist: Die frühkindliche Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten und die soziale Arbeit in den Verwaltungen und Einrichtungen ist wichtig für diese Gesellschaft. Die Anforderungen sind in den 25 Jahren, seitdem es die letzte Anpassung gab, enorm gestiegen. Ob Inklusion, Kinderschutz, Projektentwicklung – neue

Herausforderungen hatten keine neuen Vergütungen zur Folge.

DESHALB: AUFWERTUNG JETZT!

Es geht auch um Geld: Erzieher_innen brauchen oftmals einen Zweitjob oder müssen aufstocken, weil das Gehalt nicht reicht. Wer einen solch anspruchsvollen Beruf ausübt, muss von

seinem Einkommen leben können. Anscheinend sind der Gesellschaft Kinder weniger wert als Autos, denn: Es muss sich wohl kaum ein Opel- oder VW-Mitarbeiter beim Jobcenter anstellen, um seine ergänzende Grundsicherung in Empfang zu nehmen.

MEHR GELD FÜR GUTE ARBEIT

Die Kommunen sollen die Elternbeiträge für die Zeit des Streiks zurückzahlen. Allerdings tragen sie jetzt schon mehr als Dreiviertel der Kosten der Kinderbetreuung. Kitas sind Teil des Bildungswesens und müssen beitragsfrei sein. DIE LINKE fordert Landes- und Bundesregierung auf, mehr Geld zur Verfügung zu stellen, damit gute Arbeit in der frühkindlichen Bildung und im Sozial- und Behindertenbereich geleistet werden kann. Gleichzeitig muss die verantwortungsvolle Tätigkeit der Sozialpädagog_innen-besser bewertet werden.

Unser Nachbar NSA

Durch die Enthüllungen von Edward Snowden haben wir erfahren, wie umfassend wir alle durch US-Geheimdienste überwacht werden.

Hessen spielt in der NSA-Affäre eine sehr bedeutsame Rolle: Das US-Konsulat in Frankfurt ist eine heimliche Abhörstation und eine der größten Niederlassungen der CIA außerhalb der USA. Von hier aus werden Entführungen und geheime Foltergefängnisse geplant.

Auch der »Dagger Complex« in Griesheim ist ein Abhörposten der US-Armee. Am 11. und am 12. September findet im Hessischen Landtag in Wiesbaden eine öffentliche Tagung zum Thema »Unser Nachbar NSA – Geheime Aktivitäten der US-Nachrichtendienste in Deutschland« mit renommierten Experten statt.

Mehr Informationen hierzu gibt es ab August unter: linksfraktion-hessen.de

Sanktionen bei Hartz IV aussetzen

Sanktionen widersprechen der Menschenwürde

Laut dem Sozialgericht Gotha sind gesetzliche Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger mit Leistungskürzungen um 30 bis 100 Prozent verfassungswidrig. Mit diesem Beschluss vom 26. Mai 2015 legte das Gericht dem Bundesverfassungsgericht eine Klage zur Prüfung vor (Az.: S 15 AS 5157/14).

Für DIE LINKE gilt ohne Wenn und Aber: Der Staat ist verpflichtet, ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewähren. Der Entzug der Lebensgrundlage verstößt gegen sozialstaatliche und humanistische Grundsätze.

Im letzten Jahr wurden in Deutschland mehr als eine Million Sanktionen ausgesprochen. Da es besonders oft Jugendliche unter 25 Jahren trifft und diese zudem schnell alle Leistungen verlieren können, ist der erschreckende Anstieg der Obdachlosen-Zahl eine unmittelbare Folge. Dennoch sprechen sich Arbeitgeberverbände weiter für Sanktionen aus. Denn sie profitieren davon, dass Menschen gezwungen sind, Arbeitsverhältnisse mit Niedriglohn und zu schlechten Bedingungen einzugehen. Anwälte empfehlen allen Betroffenen, die Sanktio-

nen bekamen, einen Überprüfungsantrag zu stellen. Dieser kann nach einer positiven Entscheidung (durch das Bundesverfassungsgericht) zu einer Rückzahlung der einbehaltenen Gelder führen.

DIE LINKE fordert die sofortige Abschaffung der Sanktionen, die Erhöhung des Regelsatzes auf mindestens 500 Euro und tritt dafür ein, Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro zu ersetzen, die eine menschenwürdige Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert. Das muss drin sein!



Hartz IV ist Armut per Gesetz

Foto: Hanna Hoelt

K+S gefährdet das Trinkwasser

Für eine nachhaltige Kaliproduktion

Die Versalzung der Landschaft, der Flüsse und des Grundwassers durch die K+S AG muss gestoppt werden. Salzhalde dürfen nicht länger Ackerland unter sich begraben und über Jahrhunderte das Grundwasser versalzen. Das büdet nachfolgenden Generationen hohe Kosten auf. Die von der Hessischen Landesregierung abgesegnete Form der Entsorgung der Abfälle des Unternehmens steht in krassem Gegensatz zum EU-Recht. Dadurch sind

Arbeitsplätze der Kaliregion akut gefährdet. Nur eine umweltgerechte Entsorgung kann die Arbeitsplätze sichern. Zusammen mit der »Werra-Weser-Anrainerkonferenz« und dem »Aktionsbündnis salzfreies Märchenland« hat DIE LINKE auf dem Hesttag in Hofgeismar eine Erklärung verabschiedet, in der die Hessische Landesregierung

aufgefordert wird, ihren Vier-Phasen-Plan aufzugeben und die Trinkwasser gefährdende Versenkung von Salzabwässern sofort zu untersagen.

Das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) hat nachgewiesen, dass Teile des Grundwassers bereits versalzen sind und Trinkwasserbrunnen im Werra-Raum unbrauchbar werden könnten. Die grüne

Umweltministerin ignoriert aber die Forschungsarbeiten ihrer eignen Fachbehörde. Anstatt die Versenkung zu verbieten, untersagt Priska Hinz den landeseigenen Experten die Forschungsergebnisse öffentlich zu vertreten.

Nicht die für K+S billigsten Verfahren, sondern ressourcen- und umweltschonende Technik muss eingesetzt werden. Seit Jahren versucht die K+S AG das zu verhindern. Der Konzern spielt auf Zeit, um die Lagerstätten in Thüringen und Hessen ohne große Investitionen ausbeuten und möglichst hohe Gewinne erzielen zu können.

Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, diese völlig fehlgeleitete Umwelt- und Industriepolitik auf Kosten der Allgemeinheit zu beenden. Die beste-

hende Bergbau- und Umweltgesetzgebung muss angewendet und K+S auf eine nachhaltige, umwelt- und ressourcenschonende sowie Arbeitsplätze sichernde Kaliproduktion verpflichtet werden.

Hier geht's zur Hofgeismarer Erklärung – einfach QR-Code mit dem Smartphone scannen:



Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag



Kalibergbau verschandelt nicht nur die Landschaft – er begräbt Ackerflächen unter sich und versalzt das Grundwasser

NSU: Viele Fragen offen

Bouffier und Geheimdienst mitschuldig

Der NSU-Komplex ist sehr vielschichtig. Vieles liegt immer noch im Dunkeln. Wir wissen heute: Nazi-Gewalt wurde durch V-Leute begünstigt. Akten wurden massenhaft geschreddert. Auch Beamte waren in braunen Netzwerken verstrickt. Doch Konsequenzen gibt es bis heute kaum, weil Regierungen, Geheimdienste und Justiz dies weiter blockieren. Das Land Hessen ist ein dramatisches Beispiel. Gegen Volker Bouffier und den hessischen Geheimdienst wurden im einstimmig beschlossenen NSU-Bericht des Deutschen Bundestages massive Vorwürfe erhoben.

VERFASSUNGSSCHUTZ VERHINDERT AUFLÄRUNG

Sie hätten die Ermittlungen der Polizei beim NSU-Mord in Kassel beeinträchtigt und behindert. Die Tatsache, dass einer der hauptamtlichen »Verfassungsschützer« (mit Spitznamen »klein Adolf« genannt) beim NSU-Mord in Kassel am Tatort war (!) und direkte Kontak-

te zum Nazinetzwerk hatte, sollte unter den Teppich gekehrt werden.

Gemeinsam mit Journalisten, Initiativen und den Anwälten der Opferfamilien muss der Kampf um Aufklärung unbedingt weiter gehen. Abgeordnete aller Fraktionen des Deutschen Bundestags riefen bei einer Befragung in Wiesbaden zu gemeinsamer Aufklärung in Hessen auf und zahlreiche Sachverständige unterstützen uns im NSU-Ausschuss des Hessischen Landtags. Es wäre an der Zeit, dass die schwarzgrüne Landesregierung und ihre Behörden endlich zur Wahrheitsfindung beitragen würden und die notwendigen Konsequenzen zögen, statt weiterhin zu blockieren.



Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher DIE LINKE im Hessischen Landtag

Die Türkei hat gewählt: 13,1 Prozent für HDP

Bericht einer Wahlbeobachterin



Foto: Hanna Hoelt

Als Wahlbeobachterin in den kurdischen Provinzen der Türkei wurde ich Zeugin eines »historischen Moments«. Die HDP (Demokratische Partei der Völker), in der sich neben Kurd_innen fast alle ethnischen Minderheiten (sowie Glaubens- und Religionsgemeinschaften, linke Kräfte sowie Künstler, LSBTIQ- und Frauengruppen) zusammengeschlossen hatten – war angetreten, um die undemokratische Hürde von 10 Prozent zu überspringen. Und sie hat es mit 13,1 Prozent geschafft!

Schon Tage vor der Wahl wurde mit Anschlägen und Verhaftungen immer wie-

der versucht, für Unruhe zu sorgen und die HDP sowie ihre Wähler_innen einzuschüchtern. Ich selbst habe an einer Großdemonstration der HDP in Diyarbakir teilgenommen und war Zeugin, als eine Bombe vier Menschen in den Tod riss. Viele Menschen wurden teils schwer verletzt. Mein Eindruck war: Man hat bewusst eine Massenpanik unter den 200.000 bis 400.000 Anwesenden in Kauf genommen und nur aufgrund des besonnenen Verhaltens der Leid gewohnten Kurd_innen ist es nicht dazu gekommen. (Ausführlicher Bericht mit Bildern auf meiner Homepage:

www.barbara-cardenas.de). Doch trotz aller Einschüchterungsversuche hat die HDP es geschafft, ins Parlament in Ankara einzuziehen. DIE LINKE betrachtet das als ein sehr hoffnungsvolles, Mut machendes Zeichen. Von dieser Wahl geht die Botschaft aus, dass mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Gleichberechtigung eine starke Stimme haben müssen. Erfreulich ist zudem, dass eine Erdogan-Alleinregierung damit verhindert werden konnte und Erdogans Versuch, eine weitere Aushöhlung der Demokratie voranzutreiben, erst einmal gestoppt wurde. DIE LINKE wird die weitere Entwicklung in der Türkei sehr aufmerksam beobachten und die Arbeit der HDP solidarisch begleiten.



Barbara Cárdenas, migrationspolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag

Bildungsgipfel: Wird hier eine große Chance vertan?

Kurz vor Ende des Bildungsgipfels am 17. Juli ist er offenbar zum Scheitern verurteilt

Die Befürchtung, der Gipfel sei von vornherein eine Alibiveranstaltung und das Ergebnis am Ende nicht mit tragbar, hatte DIE LINKE von Anfang an. Unverständlich war es, neben der parlamentarisch eingerichteten und wissenschaftlich begleiteten »Enquetekommission Bildung« parallel einen Bildungsgipfel einzuberufen, anstatt diesen als ausführendes Organ an die Enquetekommission anzuschließen.

Und auch zwischendurch waren die Zeichen nicht ermutigend. So äußerte jüngst Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) öffentlich,

die CDU werde keine ihrer Grundüberzeugungen aufgeben und beispielsweise die Hauptschulen erhalten. Dabei ist die Überwindung des ausufernden und hierarchisch gegliederten Schul-

systems eines der zentralen Themen des Gipfels.

Auf dem Bildungsgipfel muss es um Inhalte gehen, nicht um das Parteieigeln oder das Festhalten an veralteten Idealen.



Ist der Gipfel noch zu erklimmen?

Foto: Peter Freitag • pixelio • #711341 • Typo: Hanna Hoelt

Einen Erfolg wird es nur dann geben, wenn ein Konzept für den Ausbau echter Ganztagschulen, für inklusiv arbeitende Schulen und, vor allem für die Ressourcenbereitstellung vorgestellt wird. Vergessen werden darf auch nicht, dass die hessischen Lehrkräfte schon jetzt im Bundesvergleich die höchsten Pflichtstunden, die längsten Arbeitszeiten und nun bald auch noch eine tarifliche Nullrunde vor sich haben. Gleichzeitig müssen sie immer neue Herausforderungen schultern, ohne auf diese richtig vorbereitet zu werden. Dazu kommt: Bislang ließ

man die Ressourcenfrage trotz vehementer Proteste außen vor. Doch ohne zusätzliche Mittel können die Lehrkräfte nicht noch mehr Zusatzaufgaben bewältigen. Und das wird DIE LINKE ihnen auch nicht zumuten.

Es gilt: Bildungserfolg darf nicht von der sozialen Herkunft oder schlechten Rahmenbedingungen abhängig sein und ein Scheinpakt für den Nachmittag darf den Ausbau von echten Ganztagschulen nicht verhindern. Wird sich das drohende Scheitern bewahrheiten, ist eine Riesenchance für die hessischen Schülerinnen und Schüler vertan worden.

Keine Stellenkürzungen an Schulen!

Kürzungen an Grundschulen und Gymnasien inakzeptabel

Die schwarzgrüne Landesregierung hat sich das Ziel auf die Fahne geschrieben: »Schulfrieden! Doch der ist noch lange nicht in Sicht.

Nicht nur, dass dringend notwendige Reformen wie der Ganztagschulausbau stagnieren und durch Scheinprojekte wie dem »Pakt für den Nachmittag« von den eigentlichen Problemen abgelenkt wird – nein: Man versucht klammheimlich auch noch Lehrerstellen zu kürzen.

Betroffen sind die Grundschulen und die Gymnasiale Oberstufe. Hier soll es ab dem nächsten Schuljahr zu einer verringerten Stellenzuweisung kommen.

Insgesamt 300 Stellen werden abgezogen und in andere Schulprojekte, wie den Mogelpakt für den Nachmittag beordert. DIE LINKE befürwortet die Intensivkurse für Flüchtlingskinder – doch dafür müssen zusätzliche Ressourcen geschaffen anstatt weitere Stellen gekürzt

werden. DIE LINKE lehnt diese deutlichen Verschlechterungen ab.

Mit solchen Plänen wird es nicht nur keinen »Schulfrieden« geben – solche Pläne werfen auch alle Arbeiten der Beteiligten und ihre Vorschläge für eine gute Schulpolitik über Bord.



Lehrer_innen sind jetzt schon völlig überlastet – doch statt neuer Stellen und Arbeitsentlastung wird weiter Sparkurs betrieben

Foto: Hanna Hoelt

Kein Werben für's Sterben!

Spätestens seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 ist immer wieder die Rede davon, dass Deutschland mehr »Verantwortung« übernehmen soll – notfalls auch mit militärischer Gewalt. Tatsächlich beteiligt sich Deutschland seit dem völkerrechtswidrigen Jugoslawien-Krieg leider längst an vielen Kriegen. Bis heute lehnt eine Mehrheit in der Bevölkerung (etwa 75 Prozent) deutsche Kriegseinsätze ab – und das ist gut so.

AUSLANDSEINSÄTZE SIND DER FALSCH WEG

DIE LINKE ist durchaus dafür, mehr Verantwortung zu übernehmen. Allerdings mehr Verantwortung für den Frieden in der Welt. Wir brauchen eine Friedenspolitik, die auf die Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet ist. Das, was der Westen und die NATO in den letzten

Jahren angerichtet haben, ist dagegen ein einziges Desaster: Zerstörte Staaten, mächtige und hoch gerüstete Terrororganisationen, viele Millionen Tote und Flüchtlingsströme.

DIE LINKE wehrt sich gegen eine Militarisierung der Außenpolitik und gegen große Militärspektakel im Innern. Diese kosten viele Millionen Euro und noch dazu werden junge Menschen als Nachwuchs für die Truppe angeworben. Auch bei den Hessentagen muss gelten: »Kein Werben fürs Sterben«.



Willi van Ooyen, europapolitischer Sprecher DIE LINKE, im Hessischen Landtag

Vorratsdatenspeicherung stoppen

Wer überwacht wird, ist nicht frei

Die Vorratsdatenspeicherung ist ein gefährlicher Eingriff in die Freiheitsrechte, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Trotzdem liegt aktuell ein neuer Gesetzentwurf der Bundesregierung zur »Vorratsdatenspeicherung« vor. Die hessische CDU applaudiert und die Grünen zeigen sich widerstandslos. Internetprovider und Telekommunikationsunterneh-

men sollen Verkehrsdaten (wer, wann und wo mit wem kommuniziert hat) zehn Wochen lang speichern dürfen. Standortdaten von Mobiltelefonen sollen vier Wochen lang gespeichert werden, damit man Aufenthaltsorte von Personen nachvollziehen kann. Diese Totalüberwachung ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte und hilft nicht bei der Ver-

brechensbekämpfung. Sie ist und bleibt ein klarer Verfassungsbruch und gefährdet die Demokratie.



Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher DIE LINKE, im Hessischen Landtag



Protest gegen die Bundeswehrpräsenz auf dem Hessentag 2015

Foto: Hanna Hoelt

Bus und Bahn bald unbezahlbar?

Immer teurere Fahrkarten sind nicht alternativlos

Die hessischen Verkehrsverbünde RMV und NVV feiern dieses Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Einiges hat sich in dieser Zeit verbessert, aber manches ist auch schlechter geworden. Die zwangsweise Vergabe von Bus- und Bahnlinien an den billigsten Konzern führten zu immer schlechteren Arbeitsbedingungen und zu einem Massensterben mittelständischer Busunternehmen.

Derweil erhöht beispielsweise der RMV jedes Jahr seine Preise um deutlich mehr als die Inflationsrate. Und die Landesregierung steckt – im Gegensatz zu anderen Ländern – keinen eigenen Cent in den ÖPNV, sondern lässt Bund, Gemeinden und vor allem die Ticket-Käufer alleine bezahlen.

DIE LINKE findet: Busse und Bahnen müssen preiswerter

werden. Sie sind für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

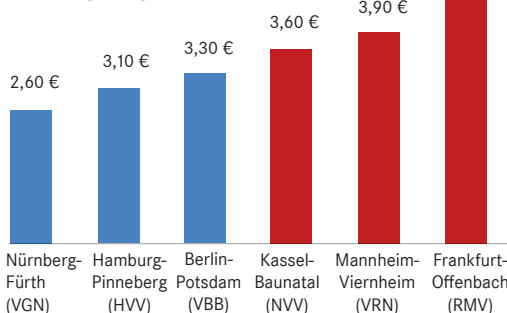
Der Weg zur Arbeit, zu Freunden, zum Arzt oder Kulturveranstaltungen muss auch ohne Auto für jeden möglich sein.

NAHVERKEHRSABGABE DURCH UNTERNEHMEN

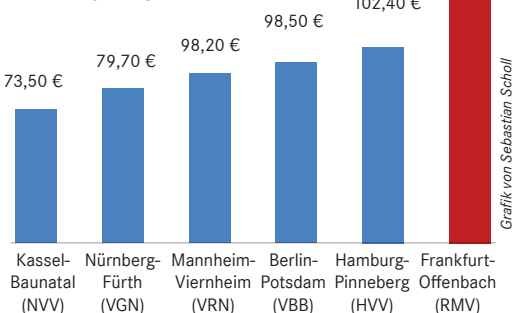
Sie könnten sofort preiswerter werden. Dazu müsste die CDU-SPD-Bundesregierung die sogenannten »Regionalisierungsmittel« – also die ÖPNV-Finanzierung aus der Mineralölsteuer – endlich angemessen erhöhen.

Und das schwarzgrün regierte Hessen muss überhaupt wieder eigene Mittel für den Ausbau und Betrieb des Nahverkehrs beisteuern. Mittelfristig muss aber

PREIS FÜR EINE EINZELFAHRT IN DIE NACHBARSTADT



PREIS FÜR EINE MONATSKARTE IN DIE NACHBARSTADT



Grafik von Sebastian Scholl

auch über neue Wege der ÖPNV-Finanzierung nachgedacht werden, um die notwendigen Preissenkungen herbeizuführen und gleichzeitig den dringend notwendigen Ausbau des Angebotes – gerade auf dem Land – stemmen zu können.

Genauso wie Straßen und Wege, die für alle aus Steuermitteln bezahlt werden, nutzt die Erschließung mit Bussen und Bahnen allen:

Den Menschen vor Ort, den ansässigen Unternehmen und der Umwelt. Weniger Autos erhöhen die Lebensqualität in den Städten.

Deshalb sollte eine Nahverkehrsabgabe, die Unternehmen bezahlen müssen, wie es sie schon in Frankreich gibt, in Erwägung gezogen werden. Ein sehr günstiges Bürgerticket für alle, ähnlich den heutigen Semester- oder Jobtickets, zusammen

mit einem massiven Ausbau des Angebots. So könnte der ÖPNV für das 21. Jahrhundert aussehen.



Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Hessischen Landtag

Flüchtlinge Willkommen!

Für eine Wende in der Asylpolitik

Während die schwarzgrüne Landesregierung in inhaltsarmer »Willkommenskultur«-Rhetorik schwelgt, spricht die Realität in der hessischen Flüchtlingspolitik eine andere Sprache: Überall im Lande entstehen Zeltstädte, Containersiedlungen und andere Provisorien.

MINDESTSTANDARDS UND BETREUUNG GEFORDERT

Immer wieder dringen Berichte über menschenunwürdige Bedingungen in den Gemeinschaftsunterkünften an die Öffentlichkeit. Statt jetzt die Voraussetzungen für eine inklusive Asylpolitik zu schaffen, damit Geflüchtete hier möglichst schnell Fuß fassen können, schiebt Schwarzgrün die

Verantwortung in der Flüchtlingspolitik auf den Bund und die Kommunen ab. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE für Mindeststandards und eine Sicherstellung der Betreuung für die Geflüchteten, lehnten die Regierungsfaktionen ab.

Dabei geht es längst um mehr als um bautechnische Ausführungen bei den Unterkünften: Es geht darum, wie sich Hessen angesichts der Bürgerkriege vor den Toren Europas und täglicher Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer positioniert.

DIE LINKE wird sich weiterhin für eine Umkehr zu einer humanen Asylpolitik und für eine menschenwürdige Aufnahme von Menschen in Not einsetzen.

8259 Sozialwohnungen weniger in nur zwei Jahren!

DIE LINKE fordert nachhaltige Konzepte

Der soziale Wohnungsbau in Hessen geht weiter zurück. Dies ergab eine Anfrage der LINKEN. Bereits im Zeitraum von 1991 bis Ende 2012 ist der Bestand an Sozialwohnungen von 205.000 auf 120.000 Wohneinheiten gesunken. Dieser Trend hat sich in den letzten beiden Jahren noch verstärkt. Von Ende 2012 bis Ende 2014 reduzierte sich die Zahl der Sozialwohnungen von 119.945 auf 111.686. Mit diesem Rückgang von 8.259 Wohnungen innerhalb von nur zwei Jahren hat sich der Abbautrend sogar noch verstärkt!

Diese Zahlen machen deutlich, dass sowohl die Versäumnisse der alten Landesregierung von CDU und FDP, als auch die viel zu halbherzigen Maßnahmen der schwarzgrünen Landesregierung in keinsten Weise ausreichen, um die prekäre Situation am Wohnungsmarkt in den Städten zu beheben. Vor allem in den Ballungsge-

bieten und in den Universitätsstädten nimmt dieser Rückgang dramatische Formen an. Die Zahl der Betroffenen, denen trotz Registrierung ihres Anspruchs keine Sozialwohnung angeboten werden konnte, steigt zu dem immer weiter.

FAST 45.000 FAMILIEN SIND DERZEIT BEHÖRDLICH ERFASST

Die Gesamtzahl der berechtigten Familien in Hessen wurde in einer Studie sogar mit 270.000 angegeben. Gerade für diese Menschen ist die Situation existenzbedrohend. Sie müssen auf dem privaten Wohnungsmarkt zu überhöhten Preisen Wohnungen mieten.

LANDESMITTEL FÜR SOZIAL- UND STUDIRENDEWOHNUNGEN

Nicht selten führt das dazu, dass sie mehr als 50 Prozent ihres Einkommens nur für Wohnkosten ausgeben müssen. Um die Lage am sozialen Wohnungsmarkt wieder

in den Griff zu bekommen, fordert DIE LINKE ein nachhaltiges Konzept, statt aktionistischer Programme. Notwendig sind Landesmittel zur Errichtung von 4.000 neuen Sozial- sowie 2.000 weiteren Studierendenwohnungen pro Jahr. Außerdem fordern wir ein Sonderprogramm zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen. Nur so können wir es schaffen, den Trend ständig steigender Mietpreise mittelfristig umzukehren.

IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden
Telefon 06113506090
Fax 06113506091

die-linke@ltg.hessen.de
linksfraktion-hessen.de

Redaktion: H. Hoeft, T. Klein
Gestaltung: H. Hoeft
Druck: Mediaservice



spuno • Fotolia • #67813663

Menschenwürdige Unterbringung und Mindeststandards für Geflüchtete